

Hermann Schneider (1896–1980) – Porträt eines Konstanzer Infrastrukturpolitikers in den Jahren des demokratischen Neubeginns und Wiederaufbaus

Von Michael Kitzing, Singen und Stuttgart

Das politische Konstanz wurde während der Weimarer Republik in erster Linie durch die Katholische Zentrumspartei geprägt. Diese stellte in den Jahren 1919–1933 insgesamt vier Konstanzer Abgeordnete im Karlsruher Landtag und bildete zugleich die stärkste Fraktion im Konstanzer Gemeinderat und Bürgerausschuss. Zudem erschien in Konstanz mit der »Deutschen Bodenseezeitung« eines der bedeutendsten und das zugleich auflagenstärkste katholische Blatt in Baden. Trotz dieser starken Vorprägung durch den Katholizismus kam es in Konstanz, anders als in Freiburg, bereits im Jahr 1945 zu Bestrebungen, die auf die Gründung einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei zielten.

Während in Freiburg noch zwischen dem Prälaten Föhr einerseits und den Vertretern der christlichen Arbeitsgemeinschaft andererseits um die Frage Neugründung der Katholischen Zentrumspartei oder Schaffung einer überkonfessionellen Union gerungen wurde, plädierten mit Ernst Merk und Eduard Sütterle zwei Persönlichkeiten aus dem Umfeld der ehemaligen »Deutschen Bodenseezeitung« von Beginn an für die Schaffung einer großen christlichen Volkspartei. Doch fehlte es in den ersten Wochen an einer anerkannten Persönlichkeit aus dem Konstanzer Protestantismus, die bereit war, eine aktive Rolle bei der neuen Parteigründung wahrzunehmen.

In dieser Situation sprach Sütterle den gerade aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrten Kaufmann Hermann Schneider an und konnte diesen sofort für ein Engagement bei der im Gründungsstadium befindlichen Konstanzer Union gewinnen. Schneider erwies sich dabei von Beginn an als Glücksgriff: Hatten bereits vor 1933 Protestanten stärker mit der Hitlerbewegung sympathisiert als Katholiken, so konnte Schneider für sich in Anspruch nehmen, niemals Mitglied in der NSDAP gewesen zu sein – im Gegenteil, als Mitglied der »Bekennenden Kirche« war er zum NS-Regime unverkennbar auf Distanz gegangen. Durch seine Mitarbeit in der Konstanzer CDU gelang Schneider in den kommenden Jahren der Aufstieg zum Konstanzer Bürgermeister, Landtagsabgeordneten und zweiten Landesvorsitzenden in der CDU Südbaden. In diesen Funktionen wurde er zu einer der prägenden Persönlichkeiten der Nachkriegszeit in Konstanz, deren Wirken im Folgenden näher gewürdigt werden soll.

Vorkämpfer des Südweststaats in der badischen CDU

Als Schneider von Sütterle angesprochen wurde, war dieser freilich schon eine im politischen und sozialen Leben der Stadt Konstanz anerkannte Persönlichkeit. Schneider war am 7. Dezember 1896 in Konstanz geboren und hatte nach dem Besuch der Volksschule und der Oberrealschule als Kriegsfreiwilliger am Ersten Weltkrieg teilgenommen – dabei war er im Jahr 1916 bei Verdun verwundet worden. Nach dem Ende des Weltkrieges hatte Schneider eine Ausbildung als Kaufmann in einem Konstanzer Textilunternehmen absolviert. Im Jahr 1933 hatte er sich selbstständig gemacht und seine eigene Süßwarengroßhandlung geführt.

Das besondere Engagement Schneiders hatte von Jugend an seiner evangelischen Kirche gegolten. Er war u. a. in der evangelischen Lutherpfarre Obmann des Kirchenchors, nachdem er sich bereits zuvor im Kinder- und Schülergottesdienst engagiert hatte. Bei den Kirchenwahlen 1931 wurde er schließlich mit erst 35 Jahren zum Kirchenältesten gewählt – »für damalige Vorstellungen etwas Außergewöhnliches«.¹ Dieses Amt hatte Schneider über vierzig Jahre inne. Vor allem aber stand Schneider auch über viele Jahre an der Spitze des evangelischen Arbeitervereins und wahrte als Mitglied der »Bekennenden Kirche« gegenüber dem Nationalsozialismus unmissverständlich Distanz. Politisch hatte Schneider zwischen 1930 und 1933 für den Evangelischen Volksdienst – wenn man so möchte, das protestantische Pendant zur Zentrumspartei – dem Konstanzer Bürgerausschuss angehört.

Nachdem er von Sütterle angesprochen worden war, gehörte Schneider neben diesem und dem späteren Oberbürgermeister Franz Knapp zu den treibenden Kräften der Konstanzer Unionsgründung.² Bereits am 21. Dezember 1945 sollte die Konstanzer Union unter dem Namen CSU – Christlich Soziale Union Konstanz – bei der französischen Militärregierung angemeldet werden. Das Programm der Konstanzer CSU lehnte sich weitgehend an die Äußerungen der Freiburger Christdemokraten an, betonte jedoch den deutschen, christlichen und demokratischen Charakter der Partei an Stelle von badisch, christlich und sozial, wie es im Freiburger Programmentwurf hieß.

Die Betonung des »Deutschen« hatte dabei eine doppelte Schlagrichtung: Einerseits wandte sie sich gegen die separatistischen Tendenzen im Seekreis – hier hatte der Konstanzer Archivar Otto Feger den Gedanken eines schwäbisch-alemannischen

1 Zum Überblick über den Lebenslauf Schneiders vgl. Südkurier vom 30.5.1980: Bürgermeister i. R. Schneider tot; Konstanzer Almanach 1957: Hermann Schneider, S. 32–36, hier: S. 32–33

2 Zur im Folgenden geschilderten CDU-Gründung in Konstanz vgl. Wieck, Hans-Georg: Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg. Düsseldorf 1958, S. 119–121; Weinacht, Paul-Ludwig, Mayer, Tilman: Ursprung und Entfaltung christlicher Demokratie in Südbaden. Eine Chronik 1945–1981. Sigmaringen 1982, S. 47–59; Crivellari, Fabio, und Oelze, Patrick: Konstanz nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Crivellari, Fabio / Klöckler, Jürgen / Oelze, Patrick / Rügert, Walter: Baden am Scheideweg. Konstanz und die Gründung des Südweststaats. Konstanz 2002, S. 80–84; Fässler, Peter: Badisch, Christlich und Sozial. Zur Geschichte der BCSV/ CDU im französisch besetzten Land Baden (1945–1952). Frankfurt (Main) 1995, S. 77–78

Bundesstaates, bestehend aus dem südlichen Baden, Württemberg, der Schweiz, dem Elsass und Vorarlberg ins Spiel gebracht –, andererseits wandte sich die Betonung des Deutschen durchaus auch gegen den ebenfalls stark föderalistischen Kurs der Freiburger Gründungsgruppe. Auch bekannten sich die Konstanzer Unionsgründer schon sehr bald zur Gründung eines deutschen Bundesstaates und wandten sich gegen die von zumindest manchen Freiburger CDU Spitzenfunktionären erwogene Idee eines deutschen Staatenbundes.³

»Wir haben es also bei den Konstanzern mit einer für überregionale deutsche Fragen besonders aufgeschlossenen Gruppe zu tun, die im Gegensatz zu der zahlenmäßig wesentlich größeren und daher erheblich einflussreicheren Führungsgruppe der BCSV in Freiburg auch über die Grenzen des von den Franzosen geschaffenen südbadischen Staates hinaussah und nicht so traditionsverhaftet war, sondern sich freier bewegte und für größere Belange aufgeschlossen zeigte.« Dieser Gegensatz zur Freiburger Gruppe um Wohleb sollte sich insbesondere in den kommenden Jahren in der Diskussion um die Gründung des Südweststaates verstärken und die südbadische CDU zeitweise bis an den Rand der Spaltung führen.

Zunächst einmal mussten die Konstanzer CSU-Gründer darauf verzichten, eine eigene Partei ins Leben zu rufen, da die Franzosen erst nach der erfolgten Gründung einer Landespartei in die Zulassung von Ortsgruppen einwilligen wollten. Folglich musste man in Konstanz feststellen, doch in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis von Freiburg zu stehen, so dass erst im Februar 1946 die Gründung der Konstanzer Union, jetzt unter dem Titel BCSV, erfolgen konnte.

Vor rund 800 Personen fand Anfang Mai die erste öffentliche Veranstaltung der neu gegründeten Partei mit dem Freiburger Schulrat und BCSV-Gründungsmitglied Paul Fleig statt, wobei Schneider für die Konstanzer das Co-Referat übernahm. In diesem brachte Schneider das Selbstverständnis der neu gegründeten Union als Zusammenschluss der aktiven katholischen und protestantischen Volkskreise zum Ausdruck, das als ein Ergebnis aus den Erfahrungen der Vergangenheit verstanden werden könne. Der gemeinsame Glaube, so Schneider, habe die Kraft verliehen zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus wie auch zur jetzt anstehenden harten



Hermann Schneider. Mit freundlicher Genehmigung des Verlages Friedrich Stadler, Konstanz, entnommen aus: Konstanzer Almanach. Illustriertes Jahrbuch 1957

3 Vgl. Wieck, a. a. O. 1958, S. 120 – das folgende Zitat ebenda, S. 121

und dornenvollen Aufbauarbeit.⁴ An dieser Stelle wie auch in anderem Zusammenhang wandte sich Schneider insbesondere an die evangelischen Christen, denen er zurief: »Wir sind als evangelische nicht auch geduldet und als Feigenblatt verwendet, sondern reden, raten und entscheiden mit als gleichberechtigte Unionspartner.« Der Unionsgedanke, so Schneider, habe sich innerhalb kurzer Zeit als so lebendig erwiesen, dass man sich in ganzer Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit einander sagen könne, »was unser Gewissen uns gebietet«, so »dass das Evangelisch oder Katholisch zurücktritt und einfach die christliche Persönlichkeit gesucht und gewertet wird.«⁵

Dieses Werben um die Mitglieder, insbesondere des protestantischen Bürgertums, kann als durchaus erfolgreich gewertet werden: Hatte die Zentrumsparterie in Konstanz Ergebnisse erreicht, die sich in etwa um den Landesdurchschnitt bewegten (38,02 % bei den Landtagswahlen 1929),⁶ so konnte die neu gegründete BCSV/CDU bei den ersten Kommunal- und Landtagswahlen der Nachkriegszeit geradezu Traumergebnisse erreichen: Die BCSV gewann bei den Kommunalwahlen im Herbst 1946 53,8 % und bei den Wahlen zur Kreisversammlung etwas über einen Monat später sogar 59,2 % der Stimmen für sich.⁷

Auch innerhalb der Landespartei stieg Schneider rasch auf: So wurde er 1947 deren zweiter Vorsitzender und übernahm im gleichen Jahr den Vorsitz im Evangelischen Arbeitskreis der südbadischen Union. In diesem Jahr ist es den Konstanzer CDU-Gründern auch gelungen, die Umbenennung der BCSV in CDU durchzusetzen. Nicht durchsetzen konnten sich die Konstanzer jedoch mit ihren auf dem Parteitag des Jahres 1948 erstmals vorgetragenen »Gedanken zur staatlichen Neuordnung«, in denen seitens der Konstanzer Gruppe eindeutig für die Gründung eines Südweststaates plädiert wurde. Alle drei südwestdeutschen Staaten sollten zu einem Südweststaat zusammengefügt werden. Sämtliche Zwischenlösungen, die eine Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg zu irgendeinem späteren Zeitpunkt anvisierten oder lediglich eine Zusammenlegung von Südbaden und Württemberg-Hohenzollern zum Ziel hatten, wurden von den Konstanzern klar abgelehnt.

Im Sinne eines funktionierenden Föderalismus sah man eine staatspolitische Notwendigkeit in der Beseitigung kleinerer Staaten wie Baden, die wirtschaftspolitisch nicht überlebensfähig seien: »Das Land Baden bedarf eines besonderen Rückhalts im deutschen Hinterland, der in der engen Anlehnung an das stammesverwandte

4 Südkurier vom 7.5.1946: Aus dem Parteileben. Politik aus christlicher Verantwortung

5 Schneider, Hermann: Wir Evangelischen und der Gedanke der CDU. In: Südkurier vom 14.5.1947; vgl. auch 1946–1986. 40 Jahre CDU Konstanz. Konstanz 1986, S. 75–76

6 Vgl. Badische Landtagswahl am 27.10.1929 auf Grund amtlichen Materials mit 2 Karten. Bearbeitet und hg. vom Badischen Statistischen Landesamt. Karlsruhe 1930, S. 40

7 Überblick über die Ergebnisse der ersten Nachkriegswahlen bei Burchardt, Lothar: Konstanz zwischen Weltkriegsende und Universitätsgründung. Konstanz 1996, S. 163, 230, 234

schwäbische Nachbarvolk gefunden werden kann.«⁸ Es gelte sinnlose, durch die Willkür Napoleons geschaffene Binnengrenzen niederzuwalzen und durch die Gründung des Südweststaates Einsparungen in der Verwaltung zu erzielen. Klar abgelehnt wurde die rührselige Stimmungsmacherei der Altbadener, die keinerlei rationale Argumente gegen den Südweststaat ins Felde führten und immer nur als Argument brächten, »die geschäftstüchtigen und selbststüchtigen Württemberger hätten ja nur die Absicht uns Badener einzusacken«.

Mit dem Ansinnen eines klaren Bekenntnisses zum Südweststaat konnten sich die Konstanzer auf dem Landesparteitag der südbadischen CDU 1948 nicht durchsetzen.⁹ Immerhin gelang es Schneider, einen Neutralitätsbeschluss innerhalb der badischen CDU durchzusetzen, der den Mitgliedern Redefreiheit gewährte. Freilich schob sich damit die badische CDU ins Abseits: Während alle anderen Parteien ein klares Bekenntnis für den Südweststaat (SP und DP) oder dagegen (KP) abgaben, kam man seitens der regierenden Mehrheitspartei zu keiner eindeutigen Stellungnahme.

Schneider gelang es, wenn auch mit großer Mühe, den Neutralitätsbeschluss auch auf dem Landesparteitag des Jahres 1950 aufrecht zu erhalten, so dass er im Vorfeld der Probeabstimmung desselben Jahres parteiübergreifend mit seinem Amtskollegen Diesbach (SP) auf zahlreichen Veranstaltungen u. a. mit Gebhard Müller für die Südweststaatsgründung werben konnte.¹⁰ Schließlich gehörte Schneider auch zu den Gründungsmitgliedern der Ende 1950 in Karlsruhe konstituierten Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung von Baden und Württemberg. Diese schuf am 17. Mai 1951, ebenfalls unter Beteiligung Schneiders, eine Konstanzer Lokalorganisation.¹¹

Damit entfernte sich Schneider immer weiter von der Mehrheit der badischen CDU, die sich, als eine Lösung der Südweststaatsfrage durch ein Bundesgesetz immer näher rückte, nicht mehr auf dem Neutralitätskurs halten ließ. Vielmehr forderte im August 1951 der Landesausschuss der badischen CDU mehrheitlich die Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg – ein Beschluss, der gegen die Stimmen von Schneider sowie der beiden anderen Konstanzer CDU-Landtagsabgeordneten Maria Beyerle und Erich Grüner gefasst wurde.¹² Auch sah sich Schneider nicht durch diesen Beschluss gebunden, sondern nahm vielmehr auch in den

8 Sütterle, E.: Gedanken zur Staatlichen Neuordnung zum Landesparteitag der CDU Baden in Freiburg vom 4.– 6.6.1948, S. 2 (die von Sütterle namens der Konstanzer CDU auf dem Parteitag eingebrachte Vorlage ist hinterlegt im Staatsarchiv Freiburg C 5/ 1 Nr. 2757 BCSV bzw. CDU); das folgende Zitat ebenda, S. 3

9 Zum Eintreten Schneiders und anderer führenden Konstanzer CDU-Vertreter (Sütterle, Grüner, Beyerle) für den Südweststaat vgl. Burchardt, a. a. O. 1996, S. 246 ff.; insbes. Crivellari, Fabio, und Oelze, Patrick: Konstanz auf dem Weg in den Südweststaat. In: Crivellari / Klöckler / Oelze / Rügert, a. a. O. 2002, S. 85–130, zu dem von Schneider erwirkten Neutralitätsbeschluss der badischen CDU vgl. insbes. S. 90–92; zu den Auseinandersetzungen in der badischen CDU über die Südweststaatsfrage vgl. zudem Weinacht / Mayer, a. a. O. 1982, S. 234–244

10 Crivellari / Oelze, a. a. O. 2002, S. 102 und 119–120

11 Ebenda, S. 112–113

12 Weinacht / Mayer, a. a. O. 1982, S. 243–244

letzten Wochen und Monaten des Abstimmungskampfes für die Gründung eines südwestdeutschen Bundesstaates Stellung.¹³ Dabei trat man nicht nur propagandistisch für dieses Ziel ein, sondern vergewisserte sich auch der Unterstützung Konrad Adenauers: Als Wohleb beim Bundeskanzler eine Änderung des Abstimmungsmodus zu Gunsten der Altbadener durchsetzen wollte, konnte ihn Adenauer auf ein Telegramm der Konstanzer Südweststaatsanhänger verweisen, durch das deutlich wurde, dass Wohlebs Position keineswegs geschlossen von seiner Landespartei unterstützt wurde.¹⁴

Im Konstanzer Abstimmungsergebnis hat sich die Haltung von Beyerle, Schneider, Sütterle und Grüner klar bemerkbar gemacht. Anders als Südbaden insgesamt war Konstanz weder bei der Probeabstimmung des Jahres 1950 noch im darauf folgenden Jahr eine Hochburg der Altbadner. Im Gegenteil: 62,41 % (1951) der Wähler waren hier für die Gründung des neuen südwestdeutschen Bundeslandes.¹⁵ Ein Grund mag hierfür auch darin gelegen haben, dass es Konstanz darum gehen musste, aus seiner seit dem Spätmittelalter entstandenen verkehrsgeografischen Randlage herauszufinden und wirtschaftlich und verkehrstechnisch den Anschluss an ein deutsches Hinterland zu gewinnen. Dies hatten die Konstanzer CDU-Funktionäre bereits 1948 in ihren »Gedanken zur staatlichen Neuordnung« offen angesprochen, genauso wie Schneiders Bemühungen um die verkehrstechnische Anbindung der Bodenseemetropole im Stuttgarter Landtag hierauf zielten.

Für den Augenblick hatte das Bekenntnis Schneiders zum Südweststaat erst einmal negative Konsequenzen: Auf dem ersten Parteitag der südbadischen CDU – die CDU behielt bis 1971 in Baden-Württemberg vier Landesverbände bei – nach der Gründung des Landes Baden-Württemberg wurde von altbadischer Seite der Versuch unternommen, Schneider als zweiten Landesvorsitzenden abzuwählen; doch scheiterte dieser Versuch an der ausgleichenden Haltung des Landesvorsitzenden, Staatsrat Dichtel.¹⁶ Gleichwohl hatte durch den erbitterten Kampf um die Südweststaatsgründung auch die Konstanzer CDU bleibende Narben davongetragen. Diese hatte zwar mehrheitlich, jedoch keineswegs geschlossen für den Südweststaat gestimmt. Dies sollte für Schneider noch katastrophale Folgen haben.

Konstanzer Bürgermeister in den Jahren zwischen Nachkriegsnot und Wirtschaftswachstum

In der Konstanzer Kommunalpolitik übernahm Schneider im Herbst 1945 die Leitung des Wirtschafts- und Ernährungsamtes, bevor er im darauf folgenden Jahr nach

13 So hat Schneider einen Aufruf mit unterzeichnet, in dem er seine Wähler aufrief, »ohne Rücksicht auf die von der Partei ausgesprochene Empfehlung so zu stimmen, wie es die bessere Einsicht gebietet« (vgl. Südkurier vom 14.8.1951; Crivellari / Oelze, a. a. O. 2002, S. 113).

14 Crivellari / Oelze, a. a. O. 2002, S. 129

15 Zu den Abstimmungsergebnissen in Konstanz im Jahr 1951 vgl. ebenda, S. 124–127; zur nachfolgenden Interpretation des Abstimmungsergebnisses vgl. ebd., S. 128–130, sowie Burchardt, a. a. O. 1996, S. 250–251

16 Vgl. Weinacht / Mayer, a. a. O. 1982, S. 246–247; Burchardt, a. a. O. 1996, S. 258

den ersten Gemeindewahlen zum Konstanzer Bürgermeister gewählt wurde.¹⁷ Dieses Amt führte Schneider für zwei Jahre ehrenamtlich. Im Gefolge der Kommunalwahlen des Jahres 1948 kam es auf Veranlassung von Oberbürgermeister Knapp schließlich zu einer Professionalisierung der kommunalen Verwaltungsstrukturen, was zur Folge hatte, dass an die Stelle von drei ehrenamtlichen Beigeordneten zwei hauptamtliche Bürgermeister traten, wobei Schneider in seinem nunmehr etatmäßig ausgeübten Amt bestätigt wurde.¹⁸

Neben der Tätigkeit in der Konstanzer Kommunalpolitik war Schneider bereits 1946 für die CDU in die Verfassungsgebende Landesversammlung und schließlich 1947 in den badischen Landtag gewählt worden. Hier gehörte der Konstanzer Bürgermeister ohne Zweifel zu den Spitzen seiner Fraktion und galt nicht zuletzt aufgrund seiner kommunalen Tätigkeit als Fachmann für Ernährungs- und Versorgungsfragen. In insgesamt drei großen Debatten über die Versorgungslage in Baden zeichnete Schneider in den Jahren 1947/48 ein erschütterndes Bild der damaligen Situation in Südbaden und zeigte dabei zugleich auf, welch dornenvolle Aufgabe die Durchführung der Nahrungsmittelversorgung in den ersten Nachkriegsjahren bedeutete.¹⁹ So sprach Schneider im Juni 1947 schon nicht mehr von einer verzweiferten Ernährungslage, sondern nur noch von einer »Ernährungskatastrophe«.²⁰ Die Bevölkerung sei an einem Punkt angekommen, »wo es um Leben oder Sterben geht und wenn es so weitergeht, nur monatelang, so haben wir das große Sterben in unserem Volk«.²¹

Aus seiner eigenen Erfahrung als Leiter des Wirtschafts- und Ernährungsamtes in Konstanz konnte Schneider berichten, dass sich zwischen 1946 und 1947 die Ernährungslage der Bevölkerung monatlich verschlechtert hatte. Während in England 1948 angesichts der angespannten Welternährungslage eine Beschränkung der Lebensmittelzuteilung auf 2700 Kalorien beschlossen wurde,²² war von Seiten der Besatzungsmächte eine Tagesration von 1550 Kalorien für den deutschen Normalverbraucher vorgesehen. In der Realität wurde dieser an sich schon dürftige Satz weit unterschritten, wobei die Lebensmittelzuteilungen Monat für Monat sanken. Wurden im September und Oktober 1946 noch zwischen 1350 und 1385 Kalorien zugeteilt, so sank der Wert im Sommer, ja im Grunde im ganzen Jahresdurchschnitt 1947 auf 800 bis 900 Kalorien. Dabei musste Schneider registrieren, dass auch die Zusam-

17 Burchardt, a. a. O. 1996, S. 161

18 Ebenda, S. 231

19 Vgl. Verhandlungen des Badischen Landtages, 2. Sitzung am Donnerstag 12.6.1947, S. 4–5; 10. Sitzung am Freitag 7.11.1947, S. 4–8; 21. Sitzung am Mittwoch 12.5.1948, S. 7–11; zur Versorgungssituation in Konstanz vgl. Stei, Karin: Die Ernährungslage der Stadt Konstanz in der Französischen Besatzungszeit. Unveröffentlichte Zulassungsarbeit Konstanz 1992; zusammenfassend vgl. Burchardt, a. a. O. 1996, S. 77–95 und 176–189

20 Verhandlungen des Badischen Landtages, 2. Sitzung am Donnerstag 12.6.1947, S. 4

21 Verhandlungen des Badischen Landtages, 10. Sitzung am Freitag 7.11.1947, S. 5

22 Vgl. den Hinweis Schneiders in seiner Landtagsrede am 7.11.1947 (Verhandlungen des Badischen Landtages, 10. Sitzung am Freitag 7.11.1947, S. 5)

mensetzung der täglichen Ration mehr als einseitig war. Diese setzte sich fast ausschließlich aus Brot und Kartoffeln zusammen, wogegen es an Hülsenfrüchten, Fett und Fleisch fast gänzlich fehlte.²³

Außer der Darstellung der verzweifelten Situation widmete sich Schneider freilich auch der Suche nach Wegen zur deren Lösung. Neben der dringenden Forderung an die Landbevölkerung, der Abgabepflicht nachzukommen, wies der Konstanzer Bürgermeister immer wieder darauf hin, dass seitens der Besatzungsmacht den Deutschen die Möglichkeit gegeben werden müsse, »dass wir durch unsere Hände Arbeit und Fleiß Exportwaren schaffen und wir den Erlös für diese Exportwaren zu unserer Verfügung haben«.²⁴ So hing die Lösung der »Ernährungsfrage und des Ernährungsstandes unseres Volkes« für Schneider untrennbar mit »der Schaffung von Exportmöglichkeiten und der Schaffung von Devisen zur Lebensmitteleinfuhr« zusammen.

Gleichzeitig bat Schneider die Franzosen schon fast flehentlich, von Requirierungen und Beschlagnahmungen abzusehen und »im jetzigen Augenblick ein Fallenlassen der Reste dieser Entnahmen von Wirtschaftsgütern« als große Chance zu verstehen, um das Vertrauen der deutschen Bevölkerung zu gewinnen. Gerade hierin könnten die Franzosen »einen positiven Beweis des Zusammenhelfens in dieser Notzeit« gegenüber einer besiegten Bevölkerung erbringen. Sollte es jedoch, so die Befürchtung Schneiders, nicht zu einer Sicherstellung der Ernährungslage kommen, so werde es schwer fallen, in Deutschland jemals die Demokratie einzuführen, denn für allzu viele Menschen gelte immer »zuerst das Fressen und dann die Demokratie«. Daher der dringende Appell an die französische Besatzungsmacht: »Gebt uns zu essen, dass die Demokratie überhaupt zum Leben kommt, deshalb weil wir der Überzeugung sind, dass nur dann für ganz Europa eine Lebensbasis gefunden wird, wenn das Herz nämlich, und das ist immer noch Deutschland, leben kann.« In diesem Sinne betonte Schneider auch immer wieder, dass die Deutschen mit ihrem Fleiß und ihrer Geschicklichkeit einen mehr als wichtigen Beitrag für die europäische Völkergemeinschaft und Wirtschaftseinheit leisten könnten.

Tatsächlich war im Winter 1947/48, als Schneider diese dringenden Appelle an die Besatzungsmacht richtete, in denen sich die Not und Verzweiflung der gesamten Zeit widerspiegelt, die Talsohle erreicht. Das Jahr 1948 brachte bereits eine erhebliche Verbesserung: Einerseits waren die Witterungsbedingungen weit günstiger als im Vorjahr, vor allem aber brachten die Währungsreform und das ERP-Programm (Marshallplan) die Wende zum Besseren. Wurden durch die Einführung der DM als einer harten Währung die Regale in den Läden gefüllt, so trug das ERP-Programm zur Ankurbelung der Wirtschaft und – wie von Schneider gefordert – zur Einbindung der Trizone in die westeuropäischen Märkte bei. Dies hatte zur Folge, dass bereits innerhalb eines Jahres die Zwangsbewirtschaftung für eine ganze Reihe von Lebens-

23 Vgl. ebenda

24 Dieses und die folgenden Zitate vgl. ebenda, S. 6–8

mitteln aufgehoben werden und knapp zwei Jahre später das Wirtschafts- und Ernährungsamt Konstanz aufgelöst werden konnte.²⁵

Mit dem Tod seines Bürgermeisterkollegen Fritz Arnold übernahm Schneider 1950 die Leitung der Technischen Werke der Stadt Konstanz, womit er in den kommenden zwölf Jahren für den Ausbau der städtischen Infrastruktur verantwortlich war. Gerade auf diesem Gebiet herrschte seit den 1920er Jahren, der Zeit von Oberbürgermeister Otto Möricke, ein erheblicher Nachholbedarf. So war die Stadt zwischen 1925 und 1950 von knapp 31 000 auf nahezu 43 000 Einwohner angewachsen, und der in der Nachkriegszeit sprunghaft ansteigende Automobilverkehr ließ einen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zwingend erforderlich werden. Dabei galt es insbesondere, die Transitführung durch die Bodenseemetropole von südwestlicher in nordöstlicher Richtung auszubauen.

Mit der im Zuge des Koreakrieges rasant an Fahrt gewinnenden Konjunkturentwicklung bestand jetzt die Möglichkeit, die notwendigen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zu tätigen, zudem konnte Konstanz auf die Unterstützung seines in die USA ausgewanderten Ehrenbürgers William Graf rechnen.²⁶ Das große, von Schneider vorangetriebene Projekt war in den Jahren ab 1953 die zweite Ausbaustufe der Fährverbindung zwischen Konstanz-Staad und Meersburg. Die Fähre war 1928 von Oberbürgermeister Möricke geschaffen worden und versah bei ihrem 25-jährigen Jubiläum den Betrieb mit gerade einmal drei Fährschiffen. Konzipiert war sie somit, um in den Worten Schneiders zu sprechen, als »eine Heimatverbindung zwischen Konstanz und dem Linzgau«.²⁷ Angesichts der modernen Verkehrserfordernisse, so Schneider, galt es jedoch, die Fähre auszubauen und sie zu einer »schwimmenden Brücke« für den »internationalen Verkehr aus den Ländern des Südens in den süddeutschen Raum«²⁸ auszubauen.

Schneiders Konzeptionen waren dabei überaus weitgreifend. Für ihn stellte die Fährverbindung »ein Glied einer Ost-Westverbindung zwischen den geplanten beiden europäischen Fernstraßen Marseille–Genf–Basel–Hamburg und Rom–München–Nürnberg und Berlin« dar. Dies war insbesondere deshalb der Fall, weil »die geographisch bedingte beste Schweizer Verkehrslinie Genf–Zürich zwingend nach Konstanz und zur Fähre führt und weil von Meersburg strahlenförmig sich ein Straßennetz in den gesamten süddeutschen Raum ergießt«.²⁹ Folglich warb Schneider auch als Landtagsabgeordneter durchaus erfolgreich für die Weiterführung der B 33 im östlichen Bodenseegebiet von Meersburg über Markdorf nach Ravensburg.

25 Zur Wirkung des Marshallplanes und der Währungsreform in Konstanz vgl. Burchardt, a. a. O. 1996, S. 220–229

26 Vgl. Burchardt, a. a. O. 1996, S. 345; zu Graf vgl. auch Konstanzer Almanach 1955, S. 44–45

27 Schneider, Hermann: Unsere Fähre. In: Konstanzer Almanach 1955, S. 36–40, zit. S. 36

28 Schneider, Hermann: Schwimmende Brücke über den Bodensee. Die Fähre Konstanz–Meersburg. Bindeglied im Fernverkehr zur Schweiz, Frankreich und Italien. In: Bodensee-Hefte 1952, S. 110–113 (in diesem Aufsatz gibt Schneider auch ausführliches Zahlenmaterial über die konsequent steigende Auslastung der Fährverbindung); Schneider, a. a. O. 1955, S. 36

29 Schneider, a. a. O. 1955, S. 38

Der Ausbau der Fährre bestand konkret in der Schaffung großräumiger Hafenanlagen, modernster Landebrücken, geordneter Großflächen zum Parken, klarer Licht- und Signalanlagen sowie schließlich in einer Vermehrung der Schiffsflotte auf bis zu acht Fährschiffe.³⁰ Dabei konnten in den Jahren 1952/54 die Fährschiffe Nummer vier und fünf, »Linzgau« und »Thurgau«, in Betrieb genommen werden, 1956 kam schließlich noch das Fährschiff »Hegau« hinzu. Als noch während der Amtszeit Schneiders das siebte Fährschiff in Bestellung ging,³¹ konnte sich dieser bestätigt fühlen, dass angesichts der voranschreitenden Motorisierung tatsächlich ein erhöhter Bedarf für den Ausbau des Fährhafens bestanden hatte und sich die enormen, allein von der Stadt getragenen Kosten von mehr als fünf Millionen DM gelohnt hatten.

Freilich waren die enormen Investitionen beim Ausbau des Fährhafens, wie Schneider selbst in seinem Rechenschaftsbericht einräumen musste, in den ersten Jahren auf ein gewisses Maß an Skepsis bei der Bevölkerung gestoßen, doch konnte er mit Genugtuung registrieren, dass diese Skepsis schon bald dem durchaus mit Stolz erfüllten Urteil »dees wird ebbes« gewichen sei.³² Selbstverständlich musste die Fährverbindung an das städtische Verkehrsnetz angeschlossen werden, weshalb in der Mitte der 1950er Jahre der Ausbau der Mainaustraße und schließlich die Verbreiterung der Rheinbrücke auf vier Spuren³³ vorangetrieben wurde. Abgeschlossen wurde die Erweiterung der städtischen Infrastruktur schließlich durch den Ausbau des Straßennetzes über die Laube zur Schweizer Grenze.³⁴

Einhergehend mit dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur erfolgte unter der Regie Schneiders auch der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.³⁵ Dabei gelang Schneider die Weiterführung der Omnibuslinien – mit erneuertem Fuhrpark – bis zur Mainau und zum Stockackergebiet und kurz vor seinem Ausscheiden als Konstanzer Bürgermeister im Jahr 1962 die Erneuerung der Buslinie von Konstanz nach Kreuzlingen. Als besonderen Erfolg konnte es Schneider verbuchen, dass der Konstanzer Omnibusbetrieb kostendeckend verkehrte und nicht, wie andernorts, einen städtischen Zuschussbetrieb darstellte.

Investitionen erfolgten während Schneiders Tätigkeit schließlich auch bei den Versorgungsbetrieben: Bei den Elektrizitätswerken kam es zur Umstellung von Gleich- auf Wechselstrom, das städtische Gaswerk wurde modernisiert und ausgebaut. Das Konstanzer Gaswerk war dabei nicht nur Lieferant für die eigene Stadt,

30 Schneider, a. a. O. 1955, S. 37; zum Ausbau der Fährre vgl. auch Burchardt, a. a. O. 1996, S. 344–346

31 Vgl. Südkurier vom 30.6./1.7.1962: Die Lebensarbeit des Bürgermeisters Hermann Schneider

32 Schneider, a. a. O. 1955, S. 36

33 Vgl. Konstanzer Almanach 1956, S. 42–45

34 Vgl. Burchardt, a. a. O. 1996, S. 336–338, 345 und 348

35 Überblick über die im Folgenden genannten Erfolge Schneiders beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der städtischen Versorgungsbetriebe vgl. Konstanzer Almanach 1957, S. 34–35; Südkurier vom 30.6./1.7.1962: Die Lebensarbeit des Bürgermeisters Hermann Schneider; Südkurier vom 7.12.1966: Kommunal-, Landes- und Kirchenpolitiker in einer Person. Der frühere Bürgermeister Hermann Schneider feiert heute seinen 70. Geburtstag: Überblick über die städtischen Investitionen in den 1950er Jahren vgl. auch Burchardt, a. a. O. 1996, S. 345–351

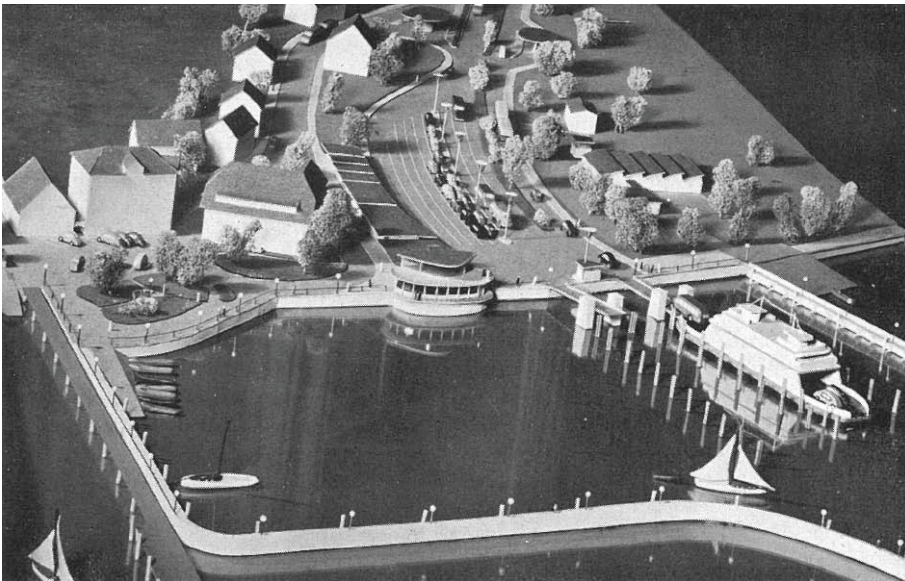


Sie sparen
ZEIT und GELD
wenn Sie die
kürzeste Überfahrt
mit der

Autofähre Konstanz-Meersburg

wählen. Auskunft erteilen die Städt. Verkehrsbetriebe Konstanz
Telefon 11 01 Konstanz

Anzeige für die neu ausgebaute Konstanzer Fähre in den 1950er Jahren (aus: Konstanzer Almanach, 1955)



Modell des in der Amtszeit Schneiders ausgebauten Fährhafens (aus: Konstanzer Almanach, 1955)

die Gasleitungen wurden über Ermatingen bis Steckborn weitergeführt. Einen Ausbau erlebte schließlich auch das Konstanzer Wasserwerk.

Die Vielgestaltigkeit und das breit gefächerte Engagement des Konstanzer Bürgermeisters werden schließlich in der von ihm mitgetragenen Kultur- und Jugendpflege deutlich. So war es Schneider, der die Mitglieder des vormaligen Grenzlandorchesters aus der Weimarer Zeit zusammenführte und für dessen Wiederaufbau sowohl als Landtagsabgeordneter als auch aus dem Grenzlandfonds der Bundesrepublik Deutschland die notwendigen Subventionen »herausschlagen« konnte.³⁶ Neue Wege ging Schneider mit dem Neubau des Jugendhauses am Raiteberg. Dieses wurde bereits im Juni 1955 eingeweiht – also »zu einer Zeit, da viele andere Städte ähnlicher Größe gerade erst vorsichtig ihre ersten Schritte auf dem schwierigen Parkett der freien Jugendarbeit taten«.³⁷ So verfügte das Jugendhaus über Werkstätten, Leseräume, Gruppenarbeitsräume, ein Fotolabor und dergleichen mehr. In ihm konnte das städtische Jugendbildungswerk Arbeitskreise für Jugendliche anbieten, die sich mit Themen von einfachen Bastelnachmittagen hin bis zu Chor- und Tanzveranstaltungen bewegten.

Anwalt der Bodenseeregion im Stuttgarter Landtag

Wenn auch Schneider zu den entschiedenen Befürwortern des Südweststaates gehört hatte, so war es als Landtagsabgeordneter sein Ziel, insbesondere südbadische Interessen zu vertreten und darauf hinzuweisen, »dass man die peripher gelegen Räume nicht übersehen dürfe«.³⁸ Allzu oft, so konstatierte Schneider, werde bei den Etatvorlagen zu stark auf die Ballungszentren geachtet, wogegen gerade die Grenzgebiete nicht die notwendige Beachtung erführen. Folglich trat der Konstanzer Bürgermeister für eine Stärkung seiner Heimatstadt als Standort für öffentliche Institutionen und Einrichtungen ein. Im kulturellen Bereich machte er wiederholt darauf aufmerksam, dass auch die kleineren Bühnen, wie beispielsweise Konstanz, bei der Zuschussung durch das Land nicht unverhältnismäßig gegenüber den Staatstheatern in Stuttgart und Karlsruhe hinten anstehen dürften.³⁹

Auch als Standort von Behörden hat Schneider nachdrücklich für die Bodensee-metropole geworben, wobei hierbei freilich die Konkurrenz zur aufstrebenden Industriestadt Singen in überaus scharfer Form gegeben war. So sprach man scherzhaft im Landtag über einen »Boxkampf zwischen den Bürgermeistern von Singen und Konstanz«,⁴⁰ um den Standort eines Sozialgerichtes, aus dem Schneider letztlich als Sieger hervorging, nachdem er mit viel intellektuellem Scharfsinn im Landtag darauf hingewiesen hatte, dass es sich bei der Nachbarstadt um eine Stadt mit industrieller Prägung handle, während Konstanz seit Jahren als Behördenstandort

36 Vgl. Südkurier vom 30.6./ 1.7.1962: Die Lebensarbeit des Bürgermeisters Hermann Schneider

37 Burchardt, a. a. O., S. 426; zum Folgenden ebenda, S. 428

38 Verhandlungen Landtag von Baden- Württemberg, 2. Wahlperiode, S. 200; zum Eintreten Schneiders für badische Belange vgl. Verhandlungen Landtag BW I, S. 2864

39 Verhandlungen Landtag BW I, S. 591–592

40 Verhandlungen Landtag BW I, S. 214 – zum Folgenden ebenda, S. 214–215

etabliert sei, bereits über ein Oberversicherungsamt verfüge und verkehrstechnisch keineswegs derart abgelegen sei, wie der Singener Bürgermeister zuvor in seiner nicht minder ausführlichen Landtagsrede erörtert hatte. Das Versprechen, bereits einen Standort für das Sozialgericht ausfindig gemacht zu haben, ja diesen kostenfrei zur Verfügung stellen zu wollen, dürfte sicherlich ein gewichtiges Argument bei dem für Schneider letztlich erfreulichen Landtagsbeschluss gewesen sein.

Noch hartnäckiger war Schneider in seinem Werben um eine Bezuschussung für die Bodenseeforschungsanstalt in Konstanz-Staad, von der er wortreich betonte, dass sie für die »Geologie des Bodensees, [die] Systematik und Ökologie der Flora und Fauna, die Planktonforschung, Hydrographie, Hydrophysik, Hydrochemie, Oberflächen- und Tiefenströmungen-Forschung des Bodenseegebietes« und für »die Hauptuntersuchung für die Trinkwasserversorgung und Trinkwasserentnahme«⁴¹ grundlegende Forschungen leiste. Mehrfach in jeder Legislaturperiode kam Schneider auf das Thema »Bodenseeforschungsanstalt in Konstanz-Staad« zurück, wobei er immer erklären musste, inwiefern diese neben der vom Staat schon seit Jahren geförderten Bodenseeforschungsanstalt in Langenargen ihre Berechtigung habe.⁴² Immerhin gelang es ihm, einen Zuschuss von 10 000 DM zu erreichen, wobei ihm diese Summe noch als zu gering berechnet erschien, wurde Langenargen doch mit 46 000 DM unterstützt.

Ebenfalls eine Konkurrenz zum württembergischen Landesteil bestand hinsichtlich der Fähre. Wurde die Konstanzer Fähre seit 1928 ausschließlich in städtischer Regie betrieben, so begann das Land seit dem Ende der 1950er Jahre mit Hilfe massiver Subventionen und in Zusammenarbeit mit der Schweiz die Fährverbindung zwischen Romanshorn und Friedrichshafen auszubauen. Für Schneider war dies nicht hinnehmbar, wurde doch die Konstanzer Fähre, deren aufwendigen Ausbau er als Bürgermeister unterstützt hatte, seitens des Landes bisher überhaupt nicht unterstützt.⁴³

Im Zusammenhang mit der Fähre stehen auch die Bestrebungen Schneiders, den Tourismus und die Verkehrsinfrastruktur im westlichen Bodenseegebiet voranzutreiben und hierfür entsprechende Unterstützung zu bekommen. Freilich muss an dieser Stelle betont werden, dass es bei vielen der von Schneider mitverfolgten Projekte langen Werbens bedurfte, bis diese zum Teil erst viele Jahre nach Schneiders Amtszeit verwirklicht werden konnten. Dies gilt gleichermaßen für den Ausbau von Landungsstegen für den Schiffsverkehr in Meersburg, an der Mainau oder auch in Konstanz,⁴⁴ wie auch die Elektrifizierung der Schwarzwaldbahn,⁴⁵ die erst in der Mitte der 1970er Jahre erfolgte, und auch für den Ausbau des Straßenwesens im west-

41 Verhandlungen Landtag BW I, S. 2846

42 Zum Thema Bodenseeforschungsanstalt in Konstanz-Staad vgl. Verhandlungen Landtag BW I, S. 2845–2847, 4475 mit Beilage 1313 vom 11.3.1955; II, S. 3253, S. 374

43 Zu der von Schneider im Landtag angesprochenen Konkurrenz zwischen den beiden Fährverbindungen vgl. Verhandlungen Landtag BW I, S. 4568–4569; II, S. 700

44 Verhandlungen Landtag BW II, S. 1417–1418

45 Verhandlungen Landtag BW II, S. 200

lichen Bodenseegebiet.⁴⁶ Schließlich gehörte Schneider zu den frühen Vorkämpfern eines Baus der Bundesautobahn von Stuttgart an den Bodensee, wobei er nachdrücklich darauf hinwies, dass diese Autobahnanbindung einerseits eine wirtschaftliche, andererseits aber auch eine große touristische Bedeutung habe, sollte doch der Bodensee als Ausflugsziel bequem und schnell erreichbar sein.⁴⁷

Alle hier genannten Projekte wurden schließlich nicht zuletzt dank dem wiederholten Drängen Schneiders in einem längerfristigen Rahmen verwirklicht. Mit einem Herzensprojekt ist Schneider jedoch letztlich gescheitert: Bereits seit 1907 gab es den Rheinschiffahrtsverband Konstanz, der sich das ehrgeizige Ziel gesetzt hatte, eine Schiffbarmachung des Hochrheins von Basel bis an den Bodensee zu verwirklichen.⁴⁸ Bei diesem Projekt hatten Vorabsprachen mit der Schweiz bereits seit den 1920er Jahren bestanden. Nach der durch die Währungsreform 1948 einsetzenden wirtschaftlichen Gesundung schien Schneider eine wirtschaftliche Grundlage gegeben, um dieses Projekt wieder aufzugreifen. Mit ähnlicher Intensität wie auf die Förderung der Bodenseeforschungsanstalt wies Schneider im Landtag immer wieder auf die Notwendigkeit einer starken Beachtung und Förderung des Hochrheinprojekts hin und forderte dessen Durchführung gleichsam als eine Art Kompensationsobjekt für die Verwirklichung anderer Großprojekte wie beispielsweise der Neckarkanalisation oder der Fernwasserversorgung aus dem Bodensee nach Stuttgart.⁴⁹

In den von Schneider im »Konstanzer Almanach« 1956 aufgeführten Planungen⁵⁰ kündigen sich bereits die 1960er Jahre an, die von der Forschung allgemein als »Jahrzehnt der Planbarkeit«⁵¹ und der Machbarkeit angesehen wurden, ein Jahrzehnt rasanten Wachstums, in dem kaum ein Hindernis, gleich ob wirtschaftlicher oder technischer Art, unüberwindbar erschien. So forderte der Konstanzer Bürgermeister hier die Errichtung eines großen Konstanzer Hafens im Tägermoosgebiet, der zum Umschlagplatz für Warengüter der gesamten Ostschweiz werden und als Freihafen gemeinsam von den Städten Konstanz und Kreuzlingen betrieben werden sollte, ergänzt durch einen ebenfalls großen Umschlaghafen in der Nähe von Radolfzell. Im Bereich des östlichen Bodensees, so die Erwägungen Schneiders, sollten größere Häfen in Friedrichshafen, Romanshorn und Bregenz entstehen; noch hochfliegender war der Plan eines Kanals zwischen Friedrichshafen und Ulm, um auf diese Weise

46 Zur Forderung nach Ausbau des Straßenwesens in der Region westlicher Bodensee vgl. Verhandlungen Landtag BW I, S. 4568

47 Verhandlungen Landtag BW II, S. 624

48 Dazu Kramer, Wolfgang: Lastschiffe in den Bodensee und bis Schwackenreute – Der geplante Ausbau des Hochrheins und die Kanalprojekte im Hegau. In: HEGAU 65, 2008, S. 171–190

49 Verhandlungen des Landtages BW I, S. 2025

50 Zum Folgenden vgl. Schneider, Hermann: Wird Konstanz Hafenstadt? Die Pläne um den Ausbau des Hochrheins. In: Konstanzer Almanach 1956, S. 25–28

51 Vgl. Metzler, Gabriele: Geborgenheit im gesicherten Fortschritt. Das Jahrzehnt von Planbarkeit und Machbarkeit. In: Frese, Matthias / Paulus, Julia / Teppe, Karl (Hg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik. Paderborn 2003, S. 777–797

Nordsee und Schwarzes Meer miteinander zu verbinden. Voraussetzung dafür war, den Rheinfluss mit dem Bau von Schleusen zu überwinden.

Erwägungen des Umweltschutzes spielten in den Planungen des Bürgermeisters nur am Rande eine Rolle, wenngleich er den Ausbau des Hochrheins für durchaus umweltverträglich hielt.⁵² Bei allen Verdiensten Schneiders wird man nicht bedauern müssen, dass dieses Projekt bereits in den 1960er Jahren fallen gelassen wurde. Noch bis Ende der 1970er Jahre war es insbesondere der Freiburger Regierungspräsident Hermann Person, der zumindest einen Ausbau des Hochrheins bis Waldshut immer wieder ins Gespräch brachte, aber sich gleichwohl den Vorwurf gefallen lassen musste, dass nach Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur der Region auch seitens der benachbarten Schweiz wenig Interesse an der Durchführung dieser Maßnahme vorhanden war.⁵³

Vor allem aber waren es Erwägungen des Landschafts- und Umweltschutzes und damit verbunden auch des Tourismus als wichtige Einnahmequelle der Bodenseeregion, die solchen Planungen entgegenstanden. So lassen sich bereits aus den Landtagsreden Schneiders als Konstanzener Bürgermeister Ende der 1950er Jahre die aufkommenden Umweltprobleme herauslesen, etwa wenn Schneider darauf hinweist, dass die Wasserqualität des Sees bedenklich abgenommen habe und sich überall Algen und Verunkrautungen ausbreiteten, für deren Beseitigung die Stadt Konstanz dringend die Hilfe des Landes in Anspruch nehmen müsse, stellten diese Verunkrautungen doch eine starke Beeinträchtigung des Motorbootverkehrs wie auch des örtlichen Badewesens dar.⁵⁴

In seiner gesamten Landtagstätigkeit war Schneider ein entschlossener und konsequenter Vorkämpfer für die Belange seiner Heimatstadt und seiner Heimatregion. Durch sein beharrliches Drängen wurde die letztendliche Durchführung wichtiger Infrastrukturprojekte mit herbeigeführt, genauso wie Schneider im Stuttgarter Landtag letzten Einsatz für die Förderung städtischer Projekte und Institutionen gezeigt hat.

Neben dem Eintreten für die Belange der Bodenseeregion hat sich Schneider im Landtag auch für die Anliegen der evangelischen Landeskirche eingesetzt, wobei freilich beachtet werden muss, dass er dies nicht zuletzt auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Finanzausschusses der evangelischen Landeskirche Badens getan hat. So hat sich Schneider dafür verwendet, dass beide Glaubensgemeinschaften mit einem angemessenen Anteil an den für die Eingliederung der Vertriebenen bereitgestellten Mitteln beteiligt wurden. Dabei wies Schneider darauf hin, dass gerade aufgrund der »so bedauerlichen Auswanderungsnot und dem Zwang zur Umsiedlung [...] sich [...] außergewöhnliche Sonderaufwendungen«⁵⁵ für die Kirche er-

52 Verhandlungen Landtag BW II, S. 4612–4613

53 Vgl. Rhein-Neckar-Zeitung vom 19.6.1970: »Abschied von der Badenfrage«; Schwarzwälder Bote vom 18.6.1970: Person: Versprechungen soll man jetzt halten. Freiburger Regierungspräsident erinnert an Zusagen/ Für schnelle Elektrifizierung der Schwarzwaldbahn

54 Verhandlungen Landtag BW II, S. 4703, S. 5629–5630

55 Vgl. Verhandlungen Landtag BW I, S. 4470

geben hätten. Denn durch das Hereinfluten größerer Vertriebenenmassen habe sich eine Diasporaveränderung ergeben: In bisher katholisch geprägte Gebiete seien evangelische Flüchtlinge eingeströmt, genauso wie in evangelischen Gebieten katholische Flüchtlinge eine neue Heimat gefunden hätten.⁵⁶

Die Streuung der Konfession habe sich im ganzen Land erheblich verändert, woraus sich mit Blick auf die seelsorgerische Betreuung der Flüchtlinge neue Aufgaben für die Kirche ergeben hätten. So sahen sich, wie Schneider betonte, die Kirchen vor die Notwendigkeit gestellt, nicht nur Gottesdiensträume zu bauen, sondern auch neue Stützpunkte, Gemeindehäuser, Kindergärten zu schaffen, um den heimatvertriebenen Menschen eine Hilfestellung bei ihrem neuerlichen »inneren Feststehen und Wiederfestwerden« in ihrem neuen Umfeld zu geben.⁵⁷ Ein weiteres, von Schneider zudem wiederholt angesprochenes Thema war die gesetzliche Festlegung christlicher Feiertage im neu entstandenen Südweststaat, die auch angemessen begangen werden sollten.⁵⁸

*Die Konstanzer Oberbürgermeisterwahl von 1957
als Wendepunkt in Schneiders politischer Laufbahn*

Zum Höhepunkt der politischen Karriere Schneiders hätte die Oberbürgermeisterwahl des Jahres 1957 werden sollen: Ursprünglich war innerhalb der Konstanzer CDU vereinbart worden, dass Schneider die Nachfolge von Oberbürgermeister Knapp antreten sollte, als dieser sich mit 78 Jahren in den Ruhestand verabschiedete.⁵⁹ Mit Schneider sollte ein protestantisches CDU-Mitglied an die Spitze der Stadt treten, erster Beigeordneter sollte der SPD-Mann und bisherige zweite Beigeordnete Alfred Diesbach werden, das Amt des zweiten Beigeordneten sollte schließlich von einem katholischen CDU-Mann besetzt werden. Diese Wahlabsprache wurde jedoch durch die Einführung der baden-württembergischen Kommunalordnung im Jahr 1956 zunichte gemacht, die nicht mehr wie bisher die Wahl des Oberbürgermeisters durch den Gemeinderat, sondern eine Direktwahl durch die Bevölkerung vorsah.

Damit waren alle Absprachen hinfällig. Im folgenden Wahlkampf sollte vielmehr deutlich werden, dass trotz des Engagements Schneiders die Konstanzer CDU noch keineswegs als homogene Partei angesehen werden konnte, sondern vielmehr sich noch erhebliche Gräben zwischen Protestanten und Katholiken sowie damit einhergehend zwischen Altbadenern und Südweststaatsanhängern aufzaten.⁶⁰ In die Oberbürgermeisterwahl des Jahres 1957 ging die Konstanzer CDU daher mit zwei konkurrierenden Kandidaten: einerseits Hermann Schneider, andererseits Bruno Helmle, der in der Nachkriegszeit zunächst als ehrenamtlicher Bürgermeister in

56 Verhandlungen Landtag BW I, S. 4468

57 Ebenda

58 Verhandlungen Landtag BW I, S. 2206, 2211, 2219

59 Zur Konstanzer Oberbürgermeisterwahl 1957 und den mit dieser einhergehenden Querelen vgl. Burchardt, a. a. O. 1996, S. 467–477; Zang, Gert: Kleine Geschichte der Stadt Konstanz. Leinfelden-Echterdingen 2010, S. 225–226; Seuffert, Ralf: Konstanz. 2000 Jahre Geschichte. Konstanz 2003, S. 263

60 Vgl. Burchardt, a. a. O. 1996, S. 469; Zang, a. a. O. 2010, S. 225

Meersburg gewirkt hatte, dann als Leiter des Finanzamts in Konstanz und zuletzt in Offenburg.

Schneider hatte bei seiner Kandidatur die lokalen Spitzenvertreter der CDU auf seiner Seite. Er wurde u. a. durch den Vorsitzenden des CDU-Ortsvereins, den Vorsitzenden der Ratsfraktion, Altoberbürgermeister Knapp sowie die beiden langjährigen Landtagsabgeordneten Amman und Beyerle unterstützt.⁶¹ In seinen Wahlannoncen konnte Schneider auf seine langjährige erfolgreiche Tätigkeit als Bürgermeister verweisen. Zu seinen zentralen Anliegen gehörten die Erweiterung des Krankenhauses und der Bau einer Umgehungsstraße ab Hegne zur Entlastung Wollmatingens. Außerdem wollte Schneider als Oberbürgermeister berechtigten Wünschen beim Bau neuer Schulen und im Wohnungsbau entgegenkommen, nachdrücklich verwies er in den Wahlannoncen auf sein Engagement für Sport und kulturelle Einrichtungen.

Im Zentrum des Wahlkampfes standen jedoch weniger konkrete kommunalpolitische Ziele als vielmehr giftige, ja gehässige Anfeindungen aus dem Umfeld Schneiders bzw. Helmles gegen den jeweils anderen Kandidaten. So wurde Helmle mehrfach vorgeworfen, einen unsittlichen Lebenswandel zu führen oder während seiner Tätigkeit als Leiter des Finanzamts Unkorrektheiten begangen zu haben. Aber auch entsprechende Einwürfe gegen Schneider blieben während des Wahlkampfes nicht aus.⁶² Schließlich unterlag Schneider deutlich: Zwar verfehlte Helmle mit etwas über 10 700 Stimmen die absolute Mehrheit im ersten Wahlgang, der sozialdemokratische Kandidat Diesbach brachte es auf etwas über 5800 Stimmen, aber Schneider lediglich auf nicht ganz 4400 Stimmen, so dass er letztlich auf eine Kandidatur im zweiten Wahlgang verzichtete. Aus diesem ging Helmle als Sieger hervor, jedoch wurde noch knapp zwei Jahre im Gemeinderat, vor dem Regierungspräsidium und schließlich vor dem Verwaltungsgerichtshof des Landes Baden-Württemberg über die Anerkennung der Wahl Helmles gestritten, bis dieser letztlich in einer erneut angesetzten Wahl 1959 zum Oberbürgermeister gewählt wurde.⁶³

Unmittelbar nach der Niederlage bei der OB-Wahl und den damit einhergehenden Zwistigkeiten musste sich Schneider einer Wiederwahl als erster Beigeordneter (Bürgermeister) durch den Gemeinderat stellen, wobei nunmehr von Seiten der Anhänger Helmles eine ganze Reihe von Verleumdungen über Schneider in Umlauf gebracht wurden.⁶⁴ Es war von überhöhten Reisekostenabrechnungen die Rede, und

61 Vgl. Aufruf des »Konstanzer Block zur Unterstützung von Bürgermeister Hermann Schneider für die Wahl zum Oberbürgermeister«; Wahlaufuf zugunsten Hermann Schneiders: »Mann der Tat – in der Vergangenheit – in der Gegenwart – in der Zukunft«, entnommen der personengeschichtlichen Sammlung des Stadtarchivs Konstanz; in den Aufrufen auch die Angaben über die Ziele Schneiders als Bürgermeister

62 Die Gegner Schneiders behaupteten, dieser habe in seiner Eigenschaft als Abgeordneter Unregelmäßigkeiten begangen bzw. Spesen wissentlich unkorrekt abgerechnet (vgl. Burchardt, a. a. O. 1996, S. 470).

63 Zu den Wahlergebnissen bzw. den juristischen Auseinandersetzungen über die Anerkennung der Wahl Helmles vgl. Burchardt, a. a. O. 1996 S. 471–474

64 Vgl. Burchardt, a. a. O. 1996, S. 474–475

es wurde behauptet, Schneider habe auf Kosten der Stadt getankt oder sich vom städtischen Fahrer zu Landtagssitzungen nach Stuttgart bringen lassen. Die Gegner Schneiders gingen sogar so weit, in der »FAZ« die Stelle des ersten Beigeordneten nochmals auszuschreiben, um einen Gegenkandidaten zu mobilisieren – ein Versuch, der letztlich genauso erfolglos blieb, wie auch der Einspruch gegen Schneiders Wiederwahl, die letztlich mit großer Mehrheit im Gemeinderat erfolgte.

Wenn auch Schneider nunmehr für zwölf Jahre im Amt bestätigt war, waren durch die unschönen Vorgänge die Zwistigkeiten innerhalb der Konstanzer CDU allzu deutlich ans Tageslicht getreten. Nur zu stark konnte man erkennen, wie sehr seitens der Katholiken in der Konstanzer CDU um den Besitzstand gefürchtet wurde und wie sehr andererseits sich der protestantische Flügel um den ihm zuerst versprochenen Oberbürgermeisterposten geprellt sah. Damit wurde das Ende der politischen Laufbahn Schneiders eingeläutet, so dass dieser 1962 – also lange vor Ende seiner zwölfjährigen Amtszeit – mit dem Erreichen des 65. Lebensjahres sein Amt niederlegte. Bereits zwei Jahre zuvor hatte Schneider auf eine erneute Kandidatur zum Landtag zu Gunsten von Hermann Viellieber, der als Kompromisskandidat zwischen den Flügeln der Konstanzer CDU galt, verzichtet.⁶⁵ Schneiders endgültigen Rückzug aus der Politik bedeutete schließlich 1963 die Aufgabe seines Amtes als Vorsitzender des evangelischen Arbeitskreises sowie als zweiter Landesvorsitzender in der südbadischen Union.

Geblieben sind ihm noch knapp 18 Jahre bis zu seinem Tod Ende Mai 1980. Außerhalb der Politik war das Wirken Schneiders durch seine Liebe zur Musik und zur Natur geprägt sowie sein langjähriges, weit über seine Pensionierung hinaus betriebenes Engagement als Mitglied im Ältestenrat der evangelischen Lutherkirche sowie als Vorsitzender des Landesverbandes Baden-Württemberg der deutschen Kriegsgräberfürsorge – eine Funktion, in der er sich für die Umgestaltung des Lerchenbergs bei Meersburg zu einer Erinnerungsstätte für die Gefallenen und Vermissten der beiden Weltkriege verdient gemacht hat.⁶⁶

65 Zu den Landtagswahlen 1960 vgl. Burchardt, a. a. O. 1996, S. 461–462

66 Südkurier vom 7.12.1966: Kommunal-, Landes- und Kirchenpolitiker in einer Person